



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

► Regierungsratsbeschluss vom 05. Februar 2013

P111792	Ratschlag zu einem neuen Staatsbeitragsgesetz
P095012	Motion Stephan Gassmann und Konsorten betreffend Konkurrenzfähigkeit von gemeinnützig tätigen Non-Profit-Institutionen mit staatlichen Beiträgen. Subventionsgesetz vom 18. Okt. 1984, Erweiterung von § 6, Ziffer 4
P965356	Anzug Max Pusterla und Konsorten betreffend finanzielle Ungleichstellung privater und staatlicher Institutionen im Sozial- und Pflegebereich
P027083	Anzug Silvia Schenker und Konsorten betreffend Änderung des Subventionsgesetzes

- ://:
1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.
 2. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, die Motion Stephan Gassmann und Konsorten abzuschreiben.
 3. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Anzug Max Pusterla und Konsorten abzuschreiben.
 4. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, den Anzug Silvia Schenker und Konsorten abzuschreiben.

Begründung

Das heute geltende Subventionsgesetz vom 18. Oktober 1984 ist eher knapp formuliert und unübersichtlich. Zudem definiert es Subventionen lediglich als geldwerte Vorteile, die an Dritte gewährt werden, um die Erbringung freiwilliger Leistungen im öffentlichen Interesse zu fördern oder zu erhalten (neu Finanzhilfen). Auf eine Ausweitung des Geltungsbereichs auf Abgeltungen (Beiträge, die die finanziellen Lasten mildern oder ausgleichen sollen, die sich aus der Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener Aufgaben ergeben) wurde bei der Ausarbeitung des damaligen Ratschlags wegen einer möglichen Überladung der gesetzlichen Grundlagen explizit verzichtet. Zwischenzeitlich hat sich jedoch

gerade diese fehlende Unterscheidung in der Praxis als Schwierigkeit erwiesen. Diese Gesetzeslücke soll nun im Rahmen der Totalrevision des Subventionsgesetzes geschlossen werden. Im Weiteren verlangen drei parlamentarische Vorstösse die Revision dieses Gesetzes.

